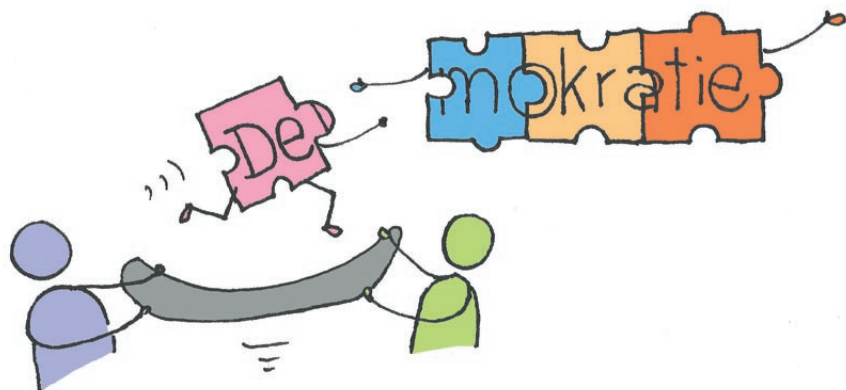




Handreichung

Kinderrechte stärken – Wenn junge Demokratinnen und Demokraten in die Schule kommen



Partizipation und Demokratiebildung ...

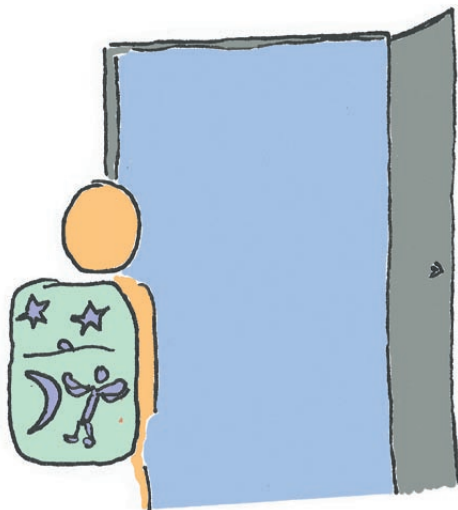
in der Kindertagesbetreuung ist ein Informations-, Fort- und Weiterbildungsangebot des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Es richtet sich an Fachkräfte der frühkindlichen Bildung, Fachberatungen, Trägervertreter, Kindertagespflegepersonen etc. Angeboten werden ein Blended-Learning-Portal, Arbeitshilfen, Handreichungen, Erklär-Filme und vieles mehr. Das Paritätische Angebot gehört zum Begleitprojekt „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“, einem gemeinsamen Projekt der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Mehr dazu unter: www.duvk.de

Inhalt



- 2 Einleitung
- 5 Der Übergang: Aus dem „Kindergartenkind“ wird ein „Schulkind“
- 11 Drei gute Gründe für die partizipative Gestaltung des Übergangs
- 20 Handlungsperspektiven
- 25 Umsetzung in der Praxis:
Methoden und Empfehlungen für konkrete Projekte
- 34 Literatur- und Materialempfehlungen
- 37 Impressum

Einleitung



*„Ich habe eine Schultasche.
Da sind Sterne drauf (...) und ein Mond und Feen. (...) Ich weiß nicht, was am Tag passiert, wo ich in die Schule gehe.“*

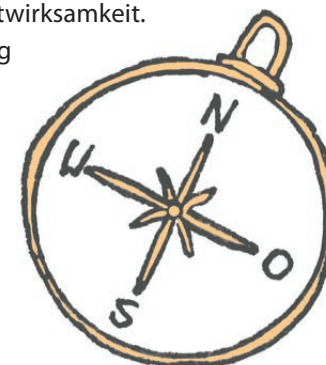
Daria (6 Jahre), im letzten Monat vor ihrer Einschulung¹

Übergänge stellen jeweils wichtige Ereignisse in persönlichen Biografien dar. Sie verändern den bisher vertrauten Alltag entscheidend und können gleichermaßen als Chance wie als Krise erlebt werden. Der Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule ist wohl eine der fundamentalsten Erfahrungen im Lebenslauf, die ein Kind in modernen Gesellschaften macht: Das Kind wird zur Schülerin beziehungsweise zum Schüler und nimmt damit in einer der wirkmächtigsten, gesellschaftlichen Sozialisationsinstanzen, der Schule, eine ganz neue Rolle ein.

¹ Die Datenbeispiele stammen aus einem studentischen Forschungsprojekt im Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter (BA)“ an der Fachhochschule Kiel.

Mit dieser neuen Rolle verändert sich der Alltag: Es gibt Hausaufgaben, Ferien, Beurteilungen; im wahrsten Sinn müssen neue Wege beschritten, Freunde und Freundinnen gefunden, Essenszeiten eingehalten, Pausen verbracht und genutzt sowie festgelegte Lerninhalte zu geregelten Zeiten gelernt werden. Beziehungen ändern sich, die Vorstellung darüber, wer man ist oder sein werde ebenfalls.

Jeder Übergangsprozess – auch Transition genannt – verlangt nach Orientierung und dem Aufspüren von neuem lebensweltlichen Wissen und Problemlösungen angesichts ungewohnter und unübersichtlicher Anforderungen und Verhaltenserwartungen. Die Möglichkeit, sich zu informieren, eine eigene Meinung zu entwickeln und zu äußern sowie Entscheidungen allein oder mit anderen zu treffen, trägt dazu bei, dass sich Menschen in unbekanntem Situationen als wirkmächtig und handlungskompetent erleben. Gehört zu werden, an gemeinsamen Vorhaben mitzuwirken und Lösungsideen für konkrete Anliegen im Alltag zu entwickeln, begründet die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Partizipation kann ein Schlüssel für diese Erfahrung am Übergang von der Kindertageseinrichtung² in die Grundschule sein.



² Im Folgenden „Kita“ genannt

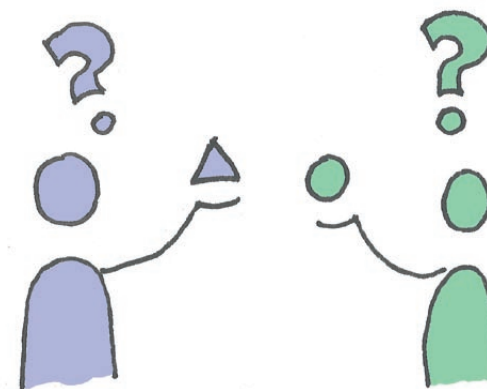


Aber wie kann das funktionieren? Wie kann diese bedeutende Transition partizipativ(er) mit den Kindern gestaltet werden? Welche Rolle spielen Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und (sozial) pädagogische Fachkräfte in Kita und Hort? Immer wieder zeigt sich, dass Partizipation nicht nur gewollt, sondern auch gekonnt werden muss (vgl. zum Beispiel Knauer/Aghamiri 2017). Was können die Erwachsenen tun, um Partizipation als Handlungsprinzip einer emanzipatorischen Pädagogik am Übergang zu realisieren?

Das vorliegende Heft möchte zum einen Anregungen geben, welche Aspekte es am Übergang zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule grundsätzlich zu bedenken gilt. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Partizipation der Kinder gelegt. Zum anderen enthält die Handreichung einige Ideen für Projekte, die in der Praxis erprobt wurden, sowie Handlungsempfehlungen, wie eine partizipative Gestaltung des Übergangs gelingen kann.

Der Übergang: Aus dem „Kinder-gartenkind“ wird ein „Schulkind“

Grundschulen und Kitas sollen am Übergang kooperieren und setzen dies auch zunehmend um, wie eine Vielzahl entsprechender Modellprojekte zeigen (einen Überblick geben: Cloos/Oehlmann/Sitter 2013; siehe auch: Knauf 2018; Meser/Miller 2017). Eine der zentralen Herausforderungen dieser Kooperationen ist dadurch gekennzeichnet, dass Kitas und Schulen sehr unterschiedliche gesellschaftliche Institutionen sind; das heißt sie erfüllen für die Allgemeinheit verschiedene Funktionen. So blicken Grundschulen und Kitas auf jeweils besondere historische Entwicklungen und Begründungen für ihre Existenz zurück. Trotz einer Annäherung in den letzten 20 Jahren bedingen sich das unterschiedliche Selbst- und Fremdverständnis: Beispielsweise hat die Grundschule ihren Ursprung in der Volksschule und ist aus dem Gedanken einer grundlegenden Qualifikation für Arbeitsmarkt und Bürgerschaft entstanden, während die Kita in der Tradition der Sozialpädagogik steht und vor allem als Betreuungseinrichtung für Kinder gedacht war, deren Eltern aufgrund von Lohnarbeit wenig Zeit für sie hatten.



Unter dem Einfluss der Diskussionen um die Bedeutung von Bildung und Erziehung in der Postmoderne, in der Menschen mehr denn je ihren Lebenslauf selbst gestalten können, aber auch unter dem Zwang stehen genau dies zu tun, ergibt sich zwar eine Annäherung – so werden sowohl in Kita als auch in der Grundschule fachliche Debatten um selbsttätiges Lernen und Partizipation geführt – aber die unterschiedlichen Traditionen, an die solche Überlegungen anschließen, sind in den Institutionen dennoch allgegenwärtig.

Gesellschaftliche Institutionen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie besondere Bündel an Verhaltenserwartungen repräsentieren. Das heißt, dass die Menschen, die sich in ihnen bewegen, spezielle soziale Rollen einnehmen: So gibt es für pädagogische Fachkräfte in der Kita in erster Linie die Rolle der Erziehenden, in der (Grund)Schule die der Lehrenden. Während die soziale Rolle der Erziehenden zum Beispiel darin besteht, dass sie die Kinder freundlich betreuen, begleiten und erziehen möge, indem sie ihnen zum Beispiel kreative Anregungen ermöglicht, sie in ihrer Persönlichkeitsbildung unterstützt, aber auch Grundlagen sozialer Kulturtechniken nahebringt, verlangt die Lehrenden-Rolle von ihren Inhaber*innen, den Kindern in jedem Fall lesen, schreiben, rechnen „beizubringen“, ihre sozialen Kompetenzen in Gruppen „nachzubessern“ und ihnen allgemein möglichst gute Qualifikationschancen zu eröffnen.

Solche Traditionen und Rollen begründen auch heute noch ein unterschiedliches Verständnis von Bildung und Erziehung in den beiden Institutionen: Während in Kita und Hort lange Zeit vor allem Erziehung und Betreuung im Mittelpunkt standen, hat sich erst in den letzten 20 Jahren ein eigenes Bildungsverständnis etabliert. Frühkindliche Bildung wird heute als ein durch das Kind aktiv gestalteter, vielfältiger und eigensinniger Prozess der Aneignung der Welt verstanden. Dies geschieht in sozialen Beziehungen. Inklusive Bildung ist die Grundlage für diesen Prozess. Dagegen blickt die Schule als gesellschaftliches Funktionssystem, das eine allgemeine Ausbildung sichern soll, auf Bildung vor allem als Organisation von Qualifikation. Erziehung dagegen zielt in der Schule auf die Integration in gesellschaftliche Funktionssysteme und soll unter anderem die Durchführung des Unterrichts sichern. Während das pädagogische Ziel der Kita in Tradition der Sozialpädagogik also in erster Linie in der Subjektwerdung in Gesellschaft zu sehen ist, strebt die Schule eine gute Qualifikation für den Arbeitsmarkt an.³

³ Auch auf das Partizipationsverständnis beider Institutionen hat dies Auswirkungen: Im Diskurs frühkindlicher Bildung wird Partizipation als Ermöglichung von Entscheidungen (zum Beispiel Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011) diskutiert, während Partizipation in der Schule im Diskurs auf die Übernahme von Verantwortung gerichtet ist (zum Beispiel Edelstein 2010).



Für das als Kita-Kind bereits erfahrene „Vorschul“-Kind bedeutet der Übergang also nicht nur eine neue Umgebung, sondern eine gänzlich neue Rollenübernahme: Das Kindergartenkind wird zum Schulkind. Die neue soziale Rolle unterscheidet sich zum Teil ganz erheblich von dem Bekannten. Sie muss neu gelernt werden und beinhaltet viele Unsicherheiten. Während die Bildungs- und Erziehungsinstitution Kita vor allem entlang von Konzepten der „Selbstsozialisation und explorativen Aneignung von Wissen und Welt“ (Röhner 2009, S. 54) organisiert ist, verlangt die formale Bildungsinstitution Schule vor dem Hintergrund ihrer zentralen Funktion der Qualifikation von ihren neuen jungen Mitgliedern eine viel stärkere Anpassung an curriculare Lerninhalte und leibliche Disziplin. Zeiten und Orte für freies Spiel, für das Ausprobieren und die Pflege von Freundschaften unterscheiden sich in erheblicher Weise.

Ein paar Beispiele: In der Kita ist in der Regel viel Zeit für selbstorganisierte Spiele. Hat jemand eine Idee, können Spielpartner oder Spielpartnerinnen gefunden und Orte mit Requisiten langfristig gestaltet werden. Lernangebote knüpfen an lebensweltliche Themen an und sind meist freiwillig. In der Grundschule muss das Spiel auf die Pause verlegt werden. Hier ist es manchmal nicht leicht, in nur 30 Minuten jemanden zum Spielen zu finden.

Freundschaften, Konflikte, Entspannung oder auch Platz für Impulsivität und Bewegungsdrang haben einen eng begrenzten Raum, bevor es wieder in den Unterricht geht mit den Anforderungen, stillzusitzen, zuzuhören, sich zurückzunehmen, aufmerksam zu sein.

Nicht alle Kinder haben bereits eine konkrete Vorstellung von ihrem Alltag in der Schule:

Wenn ich in der Schule bin dann laufe ich in der Pause. Da ist ein Klettergerüst und da klettere ich dann den ganzen Tag.

Ben (6 Jahre), ein halbes Jahr vor der Einschulung)

Ben wird wahrscheinlich die Erfahrung machen, dass er nur begrenzte und im Tagesverlauf festgelegte Zeit auf dem Klettergerüst verbringen darf. Vor allem die Taktung des Tages entlang von Unterrichtseinheiten unterscheidet den Alltag der Grundschule von dem in der Kita.

Dazu kommen Erfahrungen der Bewertung, die vorher (so) nicht etabliert waren:

Da in der Schule isses so. Es ist nicht wichtig was wir denken. Es is ja wichtig dass wir richtig lern in der Schule

Deniz (6 Jahre), ein halbes Jahr nach seiner Einschulung)

Die eigenen Ideen über die Welt treten in Deniz Aussage hinter die Frage von „richtigem“ und „falschem“ Lernen zurück. Auch wenn es in der ersten Klasse noch keine Noten gibt, entwickeln die Kinder schnell ein Gefühl dafür, ob sie den institutionellen Lernerwartungen entsprechen oder nicht. Mitreden, mitbestimmen, mitdenken kommen da nicht selten „ein wenig“ zu kurz.

Dabei freut sich die überwiegende Zahl der Kinder auf die Schule. Sie wollen lesen lernen, Hausaufgaben machen, bis 100 rechnen und endlich Teil dieser bedeutenden Instanz werden. Die Rede vom „Ernst des Lebens“, die Schultüte und oft auch aufwendig gestaltete Feste zur Einschulung unterstreichen die Wichtigkeit des Übergangs. Allerdings empfinden die Kinder auch Angst oder Unsicherheit angesichts der unbekannteren Situation. Befürchtungen beziehen sich vor allem auf soziale Beziehungen.

*Wenn ich an die Schule denke,
wünsche ich mir, dass „... meine Lehrerin
nett ist und ich hab Freunde.“*

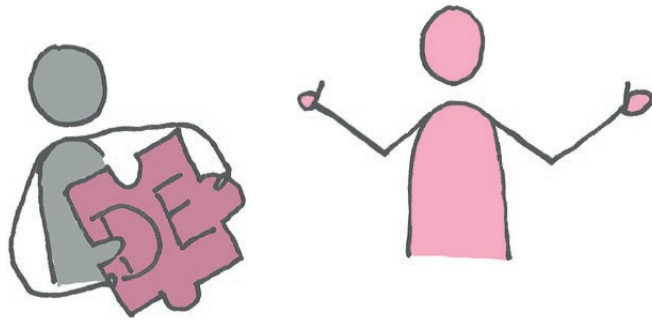
Delia (6 Jahre), zwei Wochen vor der Einschulung

Kinder wünschen sich zugewandte Erwachsene, die ihnen helfen, sich in der neuen Situation zurecht zu finden. Zudem erhoffen sie sich Zugehörigkeit und soziale Anerkennung. Partizipation kann dazu beitragen, den Übergang produktiv zu bewältigen.

Drei gute Gründe für die partizipative Gestaltung des Übergangs

Partizipation ist gleichzeitig ein zentrales Handlungsprinzip im Sinne einer lebensweltlich-emanzipatorischen Pädagogik und eine konstitutive Bedingung für Demokratie. Insofern kann das Prinzip sowohl pädagogisch als auch gesellschaftstheoretisch begründet werden. Um aber die Bedeutung von Partizipation am Übergang konkret aufzeigen zu können, muss zunächst einmal geklärt werden, wovon hierbei überhaupt die Rede sein soll. Um beide Perspektiven – sozialpädagogische und demokratietheoretische – im Blick zu behalten, empfiehlt sich folgende Definition als gemeinsame Grundlage: „Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden.“ (Schröder 1995, S. 14)

Partizipation meint demnach die (verbindliche) Möglichkeit, sich zum einen um die Gestaltung der eigenen Angelegenheiten zu kümmern, aber gleichzeitig die gesellschaftlichen Bedingungen in den Blick zu nehmen. Dabei werden Lösungen angestrebt, die im dialogischen Austausch entstehen. Kinder erfahren auf diese Weise, dass ihre Interessen wichtig sind und dass sie mit ihren Ideen etwas zu einem gelingenden Gemeinwesen beitragen können. Die Erfahrung, jemand zu sein, der Fragen und Wünsche hat, der aber auch mit anderen dafür sorgt, dass diese Fragen und Wünsche beantwortet werden, ermöglicht zum einen die Erfahrung von sozialer Anerkennung und die Entwicklung von Resilienz in der Bewältigung einer potentiell krisenhaften Situation von Unsicherheit, wie sie am Übergang zwischen Kita und Grundschule besteht, zum anderen stellt sie aber auch einen Schlüssel für die Aneignung von Demokratie als Lebensform dar.

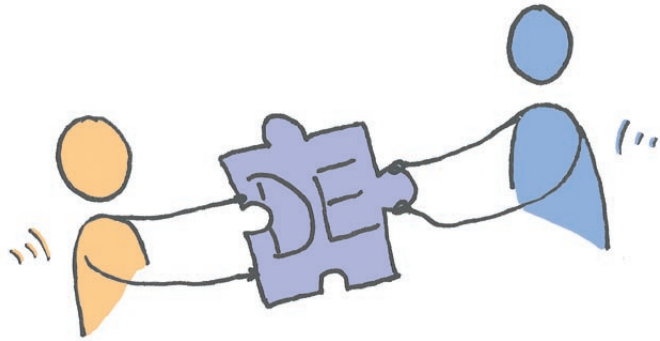


Die Erfahrung sozialer Anerkennung beim Wechsel in die Grundschule

Die Transition in die Grundschule ist eine bedeutende Sozialisations-erfahrung. Wer bin ich und wer werde ich (auch nach der Schule) sein? Schule prägt die Identitätsbildung von jungen Menschen entscheidend mit.

Die sozialphilosophische Diskussion um Anerkennung (zum Beispiel Honneth 2010) berührt die Frage, wie Gesellschaft eigentlich möglich ist beziehungsweise wie Menschen ihre Identität in Bezug auf Gesellschaft ausprägen. Dabei wächst ein Mensch nie aus sich selbst heraus, sondern durch soziale Anerkennung, die er in Auseinandersetzung und in Beziehung zu den anderen erfährt. Wird einer Person die soziale Anerkennung verwehrt, wird sie damit auch aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Soziale Anerkennung realisiert sich in drei Formen: der „Liebe“, das heißt das vorbehaltlose Angenommen-Sein der eigenen Person; der „sozialen Wertschätzung“, das heißt die Erfahrung, dass man etwas beitragen kann, das von konstitutivem Wert für die jeweilige Gemeinschaft ist, und dem „Recht“, das heißt darauf bauen zu können, ein Mensch mit gleichen Rechten zu sein und „kognitive Achtung“ zu erfahren.

Um also gesellschaftliche Exklusionsprozesse am Übergang in die wirkmächtige Institution Schule zu vermeiden und eine ausgeglichene Identitätsentwicklung zwischen Selbst und Gesellschaft positiv zu begleiten, erscheint es zentral, Verhältnisse sozialer Anerkennung zu ermöglichen und zu sichern. Partizipation als Handlungsprinzip kann hierbei ein Schlüssel sein. Werden die „Schulis“ beispielsweise in verbindlichen Partizipationsprojekten in die Gestaltung des Übergangs einbezogen, erfahren sie soziale Anerkennung. Die Fachkräfte nehmen sich in einem Partizipationsprojekt den Themen der Kinder an. Sie erkennen, achten und spiegeln deren Ängste, aber auch ihre Freude, Hoffnungen oder Sehnsüchte. So ermöglichen sie Selbstbewusstsein. Sie lassen Raum für eigene Ideen, Auseinandersetzungen und Aktionen. Damit eröffnen sie Erfahrungen sozialer Wertschätzung. Die Teilnahme an einem Partizipationsprojekt sollte dabei inklusiv sein, das heißt jedem Kind offenstehen. Mitbestimmungsrechte, die sich in solchen Projekten ergeben, brauchen zudem einen reflektierten, verlässlichen Meinungsbildungsprozess, damit sie nicht einzelne Kinder übervorteilen, die sich diesem Prozess aufgrund ihrer Vorerfahrung problemlos anschließen können. Alle Kinder, die mitmachen wollen, sollten auch mitmachen können. So erfahren sich Kinder als Träger und Trägerinnen gleicher Rechte.



Gerade soziale Anerkennung in der Form des „Rechts“ sollte am Übergang eine besondere Aufmerksamkeit erfahren. Erleben nämlich Kinder, dass ihnen in der neuen Institution die zuerkannte Anerkennung als mündiges Subjekt wieder entzogen wird, kann dies dramatische Folgen haben:

*Ihr habt uns belogen.
Es stimmt nicht, dass wir wichtig sind.*

Ahmed (7 Jahre), sechs Monate nach der
Einschulung als Äußerung gegenüber
seinen früheren Erzieherinnen in der Kita)

Eine solche Erfahrung von Wertlosigkeit gilt es zu verhindern! Partizipation kann dies als ein Schlüssel für die Erfahrung von Selbstwirksamkeit.

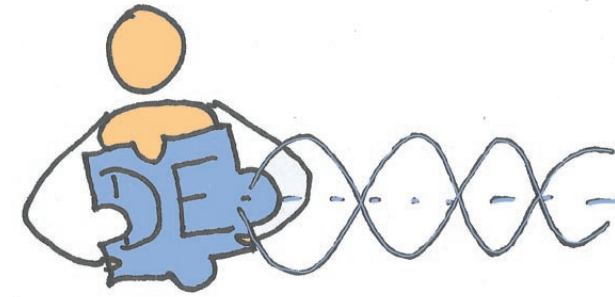
Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und die Entwicklung von Resilienz

Der Übergang zwischen Kita und Grundschule stellt eine potentiell krisenhafte Situation für alle Kinder dar, indem er die Bewältigung einer unbekannteren, unsicheren Statuspassage erfordert. In der Kita konstruieren die Kinder beim Schule-Spielen ihre Vorstellungen vom Schulkind-Sein. Sie experimentieren dabei mit Rollenvorstellungen des schulischen Lehrens und Lernens, die sie durch Erzählungen älterer Geschwister, der Eltern, von Verwandten und Freundinnen und Freunden sowie über verschiedene Medien erreichen. In ihrem Spiel versuchen sich die Kinder, ihre neue Lebenssituation vor dem Hintergrund ihres bisherigen Wissens zu eigen zu machen: Was wird von mir erwartet? Wie läuft das hier? Was darf ich? Was darf ich nicht? An wen kann ich mich wenden? Hinter diesen Fragen nach Orientierung steht die Frage nach den eigenen Gestaltungsspielräumen.

*Ich weiß nicht genau, was wir machen.
Ich lerne lesen und danach spiele ich
auf dem Hof. Da ist ein Gebüsch.
Wie auf unserem Hof.*

Billie (6 Jahre), zwei Monate vor der Einschulung)

Um den Übergang zu bewältigen, knüpfen Kinder sowohl an ihr vertrautes Alltagsleben an (zum Beispiel das Spielen auf dem Hof), als auch an das, was für sie sichtbar ist (zum Beispiel das Gebüsch) oder das, was allgemein über die Schule bekannt ist (zum Beispiel lesen lernen). Aus dem Vertrauten erwächst Orientierungswissen angesichts des noch Unbekannten („ich weiß nicht genau, was wir machen.“). Übergangssituationen können Gefühle von Unsicherheit hervorrufen, weil sich in kurzer Zeit fundamentale Gewissheiten auflösen und vieles gleichzeitig passiert. Die Kinder brauchen die Begleitung von bedeutsamen Erwachsenen, die ihnen überschaubare, emotional sichere Räume eröffnen, über die sie sich die neue Lebenswelt aneignen können: beispielsweise das Kennenlernen des neuen Schulwegs, das Vertraut-Werden mit und auf dem Pausenhof, das Wissen um die Beschaffenheit von Unterricht, aber auch die Erfahrung, dass entsprechende Fragen und die eigene Meinung Gewicht haben.



Dabei geht es um die Entwicklung des sogenannten „Kohärenzgefühls“, das Aaron Antonovsky in seinem Konzept der Salutogenese (1997) beschreibt. Dieser Ansatz ermöglicht konkrete Bezugnahmen zum Handlungsprinzip der Partizipation. Antonovsky beschreibt mit dem „Kohärenzgefühl“ eine generalisierte Ressource, die sich als „dynamisches Gefühl des Vertrauens [ausdrückt], dass die eigene interne und externe Umwelt vorhersagbar ist und dass es eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass sich die Dinge so entwickeln werden, wie vernünftigerweise erwartet werden kann“ (ebd., S. 16). Dieses Gefühl wird in Krisen zunächst erschüttert, kann aber wiederhergestellt werden, wenn verlässliche Faktoren und Bedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Partizipation als die Möglichkeit, unbekanntem Situationen nicht einfach ausgesetzt zu sein, sondern das eigene Leben zu gestalten, mitzubestimmen und mit den eigenen Interessen gehört zu werden sowie etwas Substantielles zur Klärung der Situation beizutragen, wirkt positiv auf die Fähigkeit, mit Krisen umzugehen und Resilienz über die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zu entwickeln (vgl. Lutz 2012).



Die Aneignung von Demokratie als Lebensform

Zudem hilft Partizipation als gelebte Demokratie, den gemeinsamen Demokratiebildungsauftrag von Kita und Schule in konkrete Praxis umzusetzen, und unterstützt hierbei auch die geforderte Kooperation zwischen Kita, Grundschule und Familie.

Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.

Negt 2011, S. 13

Die Auseinandersetzung mit sich und den anderen beziehungsweise mit der sozialen Welt bringt gesellschaftliche Formen, Zusammenhänge und Strukturen über die Existenz von einzelnen Menschen hinaus hervor. Dabei geht es zum einen um die Sicherung von gesellschaftlichen Errungenschaften, aber auch um die Möglichkeit einer dauerhaften, produktiven Veränderbarkeit. Dies trifft in besonderer Weise für demokratische Gesellschaften zu, weil diese im Grundsatz von der Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger abhängig sind.

Viele Kinder haben in der Kita bereits Erfahrungen mit gelebter Demokratie gemacht. Jede Kita ist gemäß §§ 8 und 45 (2) SGB VIII verpflichtet, Kinder angemessen an all ihren Angelegenheiten zu beteiligen und konzeptionell verankerte Partizipationsrechte für

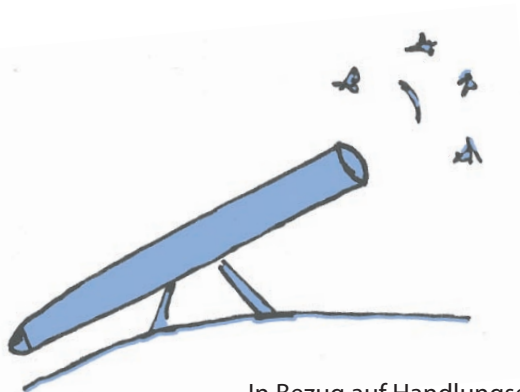
die Kinder zu entwickeln. Ein erfolgreiches Konzept diesbezüglich findet sich zum Beispiel in der „Kinderstube der Demokratie“ (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011) oder auch in der Adaption des Konzepts im Kontext zivilgesellschaftlichen Engagements „Mitentscheiden und Mithandeln“ (Hansen/Knauer 2015). Beide Konzepte gehen in Anlehnung an Dewey (1916) von dem Grundsatz aus, dass Demokratie dadurch gelernt wird, in dem Demokratie erlebt und ‚gemacht‘ wird.

In der Schule gibt es auch einen Kinderrat. Der heißt Klassenrat. Ich wusste ja schon, wie das geht. Da sitzen wir zusammen und überlegen wie wir alles machen

Aylin (7 Jahre), ein halbes Jahr nach der Einschulung)

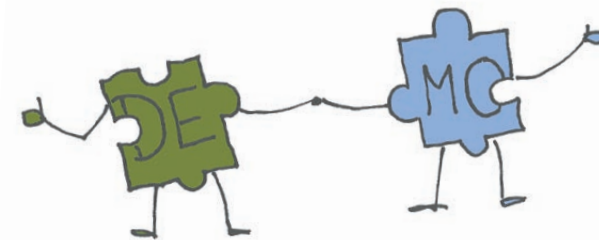
Die Erstklässlerin Aylin vergleicht den Klassenrat, der in der Grundschule inzwischen vielfach etabliert ist und den sie aktuell als neues Gremium kennen gelernt hat, als Ort der Aushandlung gesellschaftlicher Angelegenheiten vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit Partizipation in der Kita. Sie zeigt sich dabei als kundige Demokratin, die schon weiß, „wie das geht“. In der Aneignung des Übergangs zwischen Kita und Grundschule beziehen sich die Kinder auf ihr bereits erworbenes Deutungs- und Handlungswissen. Demokratische Erfahrungen könnten an dieser Stelle also gedeihen. Gerade die Konzepte einer demokratieorientierten Kindheitspädagogik und die sozialpädagogische Idee der Subjektwerdung in Gemeinschaft machen die Idee institutionenübergreifender Konzepte, die mit den Kindern wachsen, interessant für eine gemeinsame Kooperation.

Handlungsperspektiven



In Bezug auf Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele für den Übergang gibt es inzwischen hilfreiche, illustrative und vielfältige Beispiele. So wird die Praxis der Zusammenarbeit als kontinuierliche Kooperationsaufgabe in den Blick genommen (zum Beispiel Jendahl 2016), vor allem Kooperationsbedingungen werden diskutiert (zum Beispiel Knauf 2018). Einige Beiträge thematisieren die Rolle von Eltern unter Gesichtspunkten der Beteiligung (zum Beispiel Albach 2016; Griebel et al. 2013). Wie Kinder als Akteure ihrer eigenen Biografie allerdings selbst den Übergang gestalten, findet dagegen bisher weniger Beachtung (zum Beispiel Dannemann/Gutschmidt 2015).

Wenn es allerdings darum geht, wie junge Demokraten und Demokratinnen in die Grundschule eintreten können, ohne dies als (Ab)Bruch ihrer bisherigen Demokratieerfahrungen zu erleben, sollte der Übergang selbst demokratisch(er) gestaltet werden. Dafür braucht es erstens eine verstärkte und zielgerichtete Zusammenarbeit der ‚kleinen Gesellschaften‘ (in Anlehnung an Dewey 1900/1925) Kita und Grundschule mit Blick auf den Sozialraum beziehungsweise die Kommune sowie zweitens eine projektbezogene, partizipative Gestaltung des Übergangs selbst innerhalb und zwischen den Institutionen.



Die folgenden Handlungsempfehlungen beziehen sich zum einen auf den Aufbau von Netzwerken zur partizipativen Kooperation, indem die Idee der Bildung von pädagogischen Einrichtungsklustern zur Demokratiebildung angeregt wird, zum anderen skizzieren sie einige grundsätzliche Bedingungen für eine partizipative Praxisgestaltung, die sich an Grundsätze der „Kinderstube der Demokratie“ (Hansen et al. 2011) anlehnen.⁴

Kommunale Bildungslandschaften mit dem Schwerpunkt Demokratiebildung in Institutionen

Partizipation bedeutet auch einen Lernprozess für die pädagogischen Fachkräfte. Daher erscheint es zunächst sinnvoll, gemeinsame „demokratische Entwicklungsprojekte“ zu initiieren. Es bieten sich zum Beispiel Informationsveranstaltungen im Rahmen gemeinsamer Fortbildungen von Lehrer-Kollegien und sozialpädagogischen Mitarbeitenden an. Hier könnten zunächst ein gemeinsames Verständnis von Partizipation entwickelt und einzelne konkrete Rechte der Kinder im Alltag von Kita und Schule geklärt werden. Beispielsweise wäre es denkbar, dass eine „Verfassung“ aus der Kita in die Grundschule „hochwächst“ (vgl. Aghamiri 2020). Die Auseinandersetzung um die Mitbestimmungsrechte der Kinder ist dabei als gemeinsamer Teamentwicklungsprozess zwischen den Institutionen zu verstehen (vgl. auch Knauer/Aghamiri 2016).

Innerhalb der Kommune beziehungsweise des jeweiligen Sozialraums wäre es sinnvoll, bildungspolitische Schnittstellen zu besetzen. Demokratieorientierte Kitas könnten so Möglichkeiten

⁴ Beispiele dafür werden in Kapitel fünf konkretisiert.

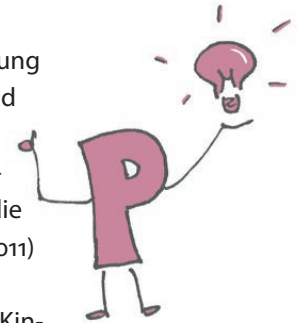
bildungspolitischer Einflussnahme nutzen, indem sie sich mit anderen Institutionen und Personen in der Kommune vernetzen. Gelegenheiten hierfür wären die Teilnahme an kooperativen Fallkonferenzen, Runden Tischen, Stadtteilkonferenzen und ähnlichen Gremien vor Ort. Auch hier ginge es zunächst darum, ein gemeinsames Verständnis von Partizipation zu entwickeln und den Mehrwert von Partizipation und Kinderrechten für die bildungs- und sozialpolitische Entwicklung der Kommune zu begründen.

Eine dritte strukturbezogene Initiative zur Stärkung von Demokratie am Übergang und in den beteiligten Institutionen kann in konzeptbasierten und organisationsentwicklungsmotivierten Trägeraktivitäten zur Entwicklung „demokratischer Übergänge zwischen pädagogischen, kleinen Gesellschaften“ liegen. Einzelne Träger der Kinder- und Jugendhilfe sollten gezielt kommunale Netzwerke mit interessierten Grundschulen aufbauen und vor Ort verbindliche Kooperationsprojekte mit partizipativem Charakter am Übergang (oder darüber hinaus) vereinbaren. Auch hier kann eine Personalentwicklung über gemeinsame Fortbildungen, Konzeptentwicklungstage und/oder Leitungsscoachings erfolgen. Auf diese Weise entstünden in verschiedenen Sozialräumen „demokratische Kern-Cluster“, die auf die restliche Kommune ausstrahlen können.

Partizipationsprojekte am Übergang zeigen, wie es geht

Partizipation zielt darauf, Kinder an Entscheidungen über ihre Themen zu beteiligen, das heißt es geht nie nur um ein generelles ‚Mitmachangebot‘. Dabei kann Partizipation aber passend zu der jeweiligen Situation verschiedene Formen annehmen: Nicht nur

Selbst- und Mitbestimmungsrechte repräsentieren eine Beteiligung der Kinder, sondern auch verbindliche Rechte auf Anhörung und Information. In Partizipationsprojekten sollte es immer um eine verlässliche Berechtigung der Kinder gehen, das heißt die Fachkräfte müssen jeweils klären, bei welchen Entscheidungen sie die Kinder auf welche Art und Weise einbeziehen (vgl. Hansen et al. 2011)



Angesichts der unsicheren Situation des Übergangs benötigen Kinder zunächst einmal Informationen über die noch fremde Lebenswelt Schule. Dafür brauchen sie Gelegenheiten, die jeweilige Schule kennenzulernen, aber auch etwas über Schule generell zu erfahren. Schulbesuche, Unterrichtshospitationen, Besuche der Grundschullehrerinnen und -lehrer in der Kita etc. bieten sich hierfür an. Aber auch Stadtteil-Rallyes oder der Austausch mit Kindern, die im letzten Jahr in die Schule gekommen sind, können das Informationsbedürfnis der zukünftigen Schulkinder aufgreifen.

Zum Zweiten erscheint es zentral, den Kita-Kindern grundsätzlich die Gelegenheit zu geben, ihre Interessen, Vorstellungen und Fragen zu äußern. So können Kinder beispielsweise Wünsche kundtun, mit wem sie in eine Klasse kommen wollen (und mit wem nicht). Im Sinne des Partizipationsrechtes der Kinder ist es wichtig, sie selbst zu befragen und nicht allein ihren Eltern diese Anliegen zu überlassen. Nur dann erleben sich Kinder als Mitgestalter und Mitgestalterinnen der Situation, nicht lediglich als Objekte des Geschehens. Diese Praxis ist in vielen Schulen etabliert und betrifft die Ebene der Anhörung.

Konkrete Möglichkeiten der Mitbestimmung im Sinne der oben genannten Definition von Schröder können eröffnet werden, wenn Kinder zum Beispiel als Entscheider und Entscheiderinnen in die Planung der Einschulungsfeier einbezogen werden oder wenn sie als Kita-Gruppe den Besuch der Schule selbst organisieren. In Bezug auf die Einschulungsfeier könnten Kinder zum Beispiel darüber mitentscheiden, wie sie sich von der Kita verabschieden oder wie sie ihre neue Schule begrüßen. Sie können (gemeinsam mit den Schulkindern) darüber entscheiden, was auf der Feier geschehen soll etc. Um diese Entscheidungen verantwortlich treffen zu können, benötigen die Kinder eine Vorstellung von den Bedingungen und Möglichkeiten, die es gibt. Hierbei brauchen sie die Unterstützung der Fachkräfte im Rahmen eines Beteiligungsprojektes (Hansen/Knauer 2015).

Die vierte Form von Partizipation bezieht sich auf Bereiche der Selbstbestimmung. Diese Ebene stärkt das Kind in seinem Selbstgefühl und Selbstvertrauen. Anlässe für Selbstbestimmung sind beispielsweise, dass Kindern nicht vorgeschrieben wird, mit wem sie auf dem Schulhof spielen; dass sie selbst darüber entscheiden dürfen, was sie essen, was sie anziehen, ob sie sich äußern, ob sie etwas trinken wollen (auch im Unterricht!), neben wem sie sitzen. Die Kinder könnten zudem selbst darüber entscheiden, wie und ob sie mit den Lehrkräften ihr in der Kita angefertigtes Portfolio besprechen; sie könnten das Portfolio weiterführen, um den Übergang in die Schule selbst zu dokumentieren.

Umsetzung in der Praxis: Methoden und Empfehlungen für konkrete Projekte



Ihre Einschulung können sich Kinder zwar nicht aussuchen. Die rechtliche Norm der Schul- und Unterrichtspflicht setzt hier einen verbindlichen Rahmen, aber innerhalb dieses Rahmens ergeben sich viele Gelegenheiten für die partizipative Gestaltung des Übergangs. Die pädagogischen Fachkräfte in Kita und Grundschule können die Kinder im Prinzip an allen Fragen oder Planungen von Aktivitäten beteiligen, die den Übergang betreffen. Partizipation bedeutet, Kindern etwas zuzutrauen, ihnen Entscheidungs-, Verfügungs- und Definitionsmacht zuzugestehen, sie aber auch bei der Umsetzung zu begleiten. Partizipation beginnt in den Köpfen der Erwachsenen. Wo können Räume eines solchen Zutrauens beim Übergang von Kita in die Grundschule eröffnet werden?

a) Die Kinder befragen, wie sie sich den Übergang in die Grundschule vorstellen. Was wissen sie schon?

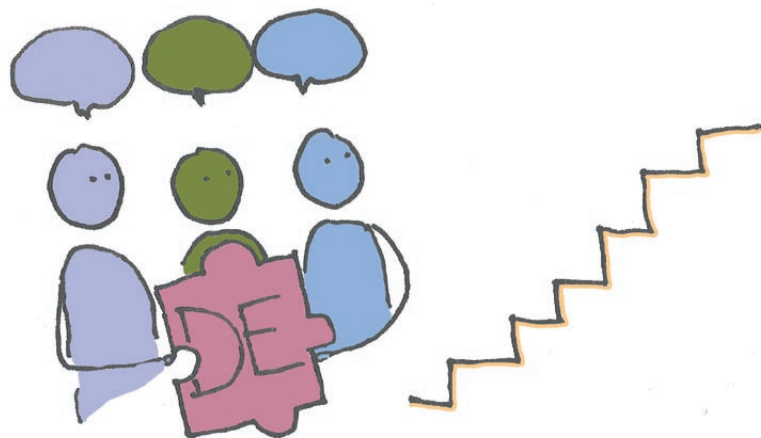
Was wollen sie wissen?

Ohne ein „größeres“ Projekt zu starten, kann die Frage nach dem Übergang zum Beispiel im Morgenkreis oder beim Nachmittagscafé dazu beitragen, das Informationsbedürfnis der Kinder zu thematisieren. Wichtig ist es in diesem Zusammenhang, offene Fragen zu stellen. Das heißt Fragen, die eine Vielzahl von Antworten zulassen und die zum Gespräch einladen. Dafür eignen sich die sogenannten „W-Fragen“ – Wie, Was, Wo, mit wem: „Was kann man in der Schule so alles machen?“ „Welche Schulen kennt ihr?“ „Wie stellst du dir deinen Schultag vor?“ „Wo kannst du in der Schule spielen?“ Ein solches Gespräch bildet dann möglicherweise die Grundlage für ein Projekt.

b) Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Kita und Schule herausfinden

Steht das Thema Schule im Raum, könnten sich die Kinder zum Beispiel an eine Recherchearbeit machen. Sie könnten Bücher über die Schule heraussuchen, Geschwister fragen, Eltern erzählen lassen oder das Bilderbuch von „Leon und Jelena“ (siehe S. 36, Bilderbuchempfehlung) lesen, das Kinderparlament und Klassenrat thematisiert. Anhand der Medien könnten Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Kita und Grundschule besprochen werden. Die pädagogischen Fachkräfte sollten die Kinder zu eigenen Beiträgen ermutigen. Das bedeutet, dass sie selbst nur wenige eigene Anteile einbringen, als vielmehr den Kindern zuzuhören und nachzufragen. In Gesprächen besteht die Aufgabe der Erwachsenen vor allem in der Konkretisierung des Themas, so dass alle Kinder mitsprechen können.

Auch aus diesen Gesprächen können sich Ideen für Partizipationsprojekte ergeben.



c) Grundsätzlich aus dem Übergang ein Beteiligungsprojekt machen

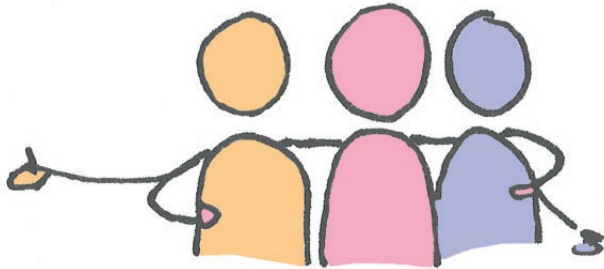
Das Team der Kita entscheidet sich dafür, den Übergang gemeinsam mit den Kindern zu gestalten. Dabei handelt es sich um ein großes Beteiligungsprojekt, für das man das gesamte letzte Kita-Jahr einplanen sollte und mindestens ein halbes Jahr Planung für den Vorlauf braucht. Zunächst würde das Team der Kita alle Schritte des Übergangs sammeln und sinnvoll ordnen. Im Anschluss würde für jeden Projektschritt diskutiert und festgelegt, an welchen Entscheidungen die Kinder auf jeden Fall beteiligt werden sollen und woran nicht. Im Anschluss werden konkrete Schritte der Umsetzung geplant, wie der Meinungsbildungsprozess für die Kinder sichergestellt wird und welche Entscheidungsformen sinnvoll erscheinen. Anregungen zur Ausgestaltung eines Beteiligungsprojektes finden sich bei Hansen et al. (2011) oder im Praxisbuch von Hansen und Knauer (2015).

d) Portfolios vorstellen

Das Team der Fachkräfte verständigt sich darüber, dass die Kinder grundsätzlich das Recht haben, in den (Entwicklungs-)Gesprächen zwischen Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Erzieherinnen und Erziehern dabei zu sein und anhand ihrer eigenen Portfolios die persönliche Lern- und Kitageschichte zu erzählen. Hier wäre es wichtig, dass eine Vertrauensperson des Kindes die Moderation übernimmt, damit die Erwachsenen nicht die sprachliche „Übermacht“ übernehmen. Das Portfolio könnte in der Grundschule weitergeführt werden und bei einem Besuch der Erzieherinnen oder Erzieher wiederum zum Anlass werden, von den Erfahrungen im ersten Schuljahr zu berichten.

e) Hospitationen in der neuen Schule

Ein weiteres Mitbestimmungsrecht könnte darin bestehen, dass die Kinder, die im nächsten Jahr in die Schule kommen, jeweils einen Besuch in der aufnehmenden Grundschule machen. Die Planung des Schulbesuchs kann ebenfalls als Beteiligungsprojekt geplant werden: Worüber sollen die Kinder mitbestimmen? Wo bestimmen sie allein? Was wollen sie fragen? Was wollen sie mitbringen? Was könnte man auf dem Schulhof spielen? Diese Aktion würde als fester Bestandteil im Konzept der Kita verankert werden.



f) Freunde behalten

Als weiteres Recht könnte gemeinsam von Kita und Grundschule beschlossen werden, dass jedes Kind ein Mitspracherecht darüber hat, mit wem es in eine Klasse kommt. Diese weit verbreitete Praxis vieler Grundschulen könnte strukturell verankert werden und dürfte dann aber auch nicht bei Einwänden der Eltern oder anderen entzogen werden. Die Implementierung verbindlicher Rechte der Kinder am Übergang sollte mit den Lehrkräften der kooperierenden Grundschule diskutiert und gemeinsam festgelegt werden.

g) Führungen von Schulkindern für die „Schulis“

Die ehemaligen Kita-Kinder könnten den neuen „Schulis“ die Schule zeigen. Dabei käme es vor allem darauf an, dass sich die Erwachsenen wenig einmischen. So könnten auch Orte gezeigt werden, die „inoffiziell“ sind, wie zum Beispiel spannende Plätze auf dem Schulhof, Nischen, in denen man Karten tauschen kann oder Toiletten, die man gern benutzen mag oder auch gerade meiden sollte.

h) Schulwege mit Stadtteil-Rallyes erkunden

Die ehemaligen Kita- bzw. aktuellen Hort-Kinder oder auch Kinder einer kooperierenden Grundschule organisieren für die kommenden „Schulis“ eine Stadtteil-Rallye, in der Schulwege abgegangen werden, interessante Spielorte und andere wichtige Stationen für Kinder (wie Bäckereien, Kioske, Toilettenmöglichkeiten und vieles mehr) vorkommen. Die Kinder geben dabei ihr Wissen weiter, werden sich aber auch selbst bewusst darüber, was für sie als Schulkinder wichtig ist. So können sie ihre Interessen an die Erwachsenen aus beiden Institutionen vermitteln.

i) Gemeinsam organisierte Einschulungsfeiern von Kita und Grundschule

Wenn Kitas und Grundschule(n) in überschaubaren Sozialräumen eine verlässliche Zusammenarbeit aufgebaut haben und die Kita-Kinder im Regelfall in diese Grundschulen eingeschult werden, bietet es sich unter Umständen an, die Einschulungs- oder die Abschiedsfeier aus der Kita gemeinsam als Partizipationsprojekt zu gestalten. Dies kann ebenfalls angelehnt an die Beteiligungsprojekte der „Kinderstube der Demokratie“ (Hansen et al. 2011) geplant werden, das heißt die Kinder aus Kita und Grundschule bekommen verbindliche Selbst- und Mitbestimmungsrechte für verschiedenen Planungsschritte: zum Beispiel was bei der Einschulungsfeier dargeboten werden soll, was gegessen werden könnte, wie die Schule dekoriert wird.

j) Patenschaften von Schulkindern für „Schulis“

Patenschaften sind bereits an verschiedenen Grundschulen etabliert. Damit ein solches Amt zum Partizipationsprojekt wird, sollte es allerdings unbedingt möglich sein, dass die Kinder selbst bestimmen, ob sie ein solches Amt bekleiden wollen und mitbestimmen, wie sie es ausgestalten.

k) Was wollen wir im letzten Kita-Jahr machen/lernen?

Das letzte Kita-Jahr bietet sich in Kooperation mit benachbarten Grundschulen an, um ein partizipatives Kooperationsprojekt am Übergang zu planen und durchzuführen. Im Vergleich zur Einschulungsfeier liegt der Vorteil darin, dass auch Kinder mitmachen können, die an andere Schulen in entfernteren Sozialräumen wechseln, beispielsweise in größeren Städten mit vielen Grundschulen und Wahlmöglichkeiten. Ein solches Projekt braucht wegen der zeitlichen Ausdehnung und des Umfangs einen langen Planungsvorlauf.

l) Wir zeigen unseren zukünftigen Lehrer*innen die Kita

Fast der „Klassiker“ unter den Übergangprojekten. Die Lehrer*innen der zukünftigen Erstklässler*innen besuchen die Kita und werden von den Kindern herumgeführt und informiert. Um ein solches Projekt zum Partizipationsprojekt zu machen, ist es wichtig, den Kindern die Inhalte und die Form zu überlassen. Die Fachkräfte sollten die Kinder lediglich empathisch unterstützen, nicht ihnen die Planung aus den Händen nehmen. Offenheit und Beobachtungsfähigkeit gehören dazu. Und vieles mehr ...

Projekte sollten jeweils zu den Bedingungen und Gegebenheiten der beteiligten Einrichtungen passen.

Partizipation bedeutet, die eigenen demokratischen Möglichkeiten zu nutzen!



Das ABC der Beteiligung erklärt viele Fach-Begriffe auf verständliche Art und Weise. Es verweist auf viele Materialien für die praktische Arbeit.

Literatur- und Materialempfehlungen

- 📖 Aghamiri, K. (2020): Wenn junge Demokrat*innen in die Schule kommen – Partizipation in Kita und Grundschule. In: Müller, J. et al. (Hg.): Professionalität in der Kindheitspädagogik. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich
- 📖 Aghamiri, K. (2016): Partizipation am Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule. In: Knauer, R./Sturzenhecker, B. (Hg.): Demokratische Partizipation von Kindern. Weinheim und Basel: BeltzJuventa. S. 172-186
- 📖 Albach, N. (2016): Eltern am Übergang von der Kita in die Grundschule beteiligen. Erfahrungen zweier Einrichtungen mit dem family-Programm. In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik Jg. 2016. S. 36-37
- 📖 Antonovsky, Aaron (1997): Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Tübingen: Dgvt-Verlag
- 📖 Cloos, P./Oehlmann, S./Sitter, M. (2013): Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. In: Schroer, W. et al. (Hg.): Handbuch Übergänge. Weinheim und Basel: BeltzJuventa. S. 547-567
- 📖 Dannenmann, E./Gutschmidt, C. (2015): Kinder beteiligen. Ein Bericht aus der Praxis. In: unsere Jugend. Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik. Jg. 67 (2015). S. 118-124
- 📖 Dewey, J. (1916/2011): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Hrsg. und mit einem Nachwort v. Oelkers, J. 5. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz
- 📖 Dewey, J. (1900/1925): The School and Society. 2. Ed. Chicago: University of Chicago Press
- 📖 Edelstein, W. (2010): Ressourcen für die Demokratie. Die Funktion des Klassenrats in einer demokratischen Schulkultur. In: Aufenager, S. et al. (Hrsg.): „Bildung in der Demokratie“. Beiträge zum 22. Kongress der DGfE. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich
- 📖 Griebel, W. et al. (2013): Partizipation im Übergangmanagement von Kitas und Schulen: Eltern als Ressource – In: Bildungsforschung 10 (2013) 1, S. 26-44.
- 📖 Hansen, R./Knauer, R. (2015): Das Praxisbuch. Mitentscheiden und Mithandeln in der Kita. Wie pädagogische Fachkräfte Partizipation und Engagement von Kindern fördern. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- 📖 Hansen, R.; Knauer, R.; Sturzenhecker, B. (2011): Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Partizipation mit Kindern! Weimar und Berlin: Verlag das netz
- 📖 Honneth, A. (2010): Kampf um Anerkennung: Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. 6. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- 📖 Jendahl, A. (2016): Kontinuierliche Kooperation über das Jahr. Kitas und Grundschule arbeiten eng zusammen. In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik Jg. 2016/3. S. 20-21
- 📖 Knauer, R./Aghamiri, K. (2017): Partizipation von Kindern als Qualitätsmerkmal in Kindertageseinrichtungen – zwischen Organisationsentwicklung und Aneignungsprozessen. In: AWO-SH (Hg.): Auf dem Weg zur Partizipationskita. Dokumentation der trägerübergreifenden nachhaltigen Entwicklung von Partizipation in Kitas. Kiel. S. 38-61
- 📖 Knauf, T. (2018): Kooperation von Kindertageseinrichtung und Grundschule. In: Jugendhilfe. Jg. 56/4 (2018). S. 363-369
- 📖 Lutz, R. (2012): Kinderreport 2012. Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen und Resilienz. Hg. vom Deutsches Kinderhilfswerk e.V. Familiymedia
- 📖 Meser, K./ Miller, S. (2017): Eine KiTa-Gruppe befindet sich in der Grundschule: Den Übergang anders gestalten. In: Heinzel, F./Koch, K.: Individualisierung im Grundschulunterricht. Anspruch, Realisierung und Risiken. Wiesbaden: Springer VS. S. 55-60

- 📖 Negt, O. (2011): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. 2. Aufl. Göttingen: Steidl
- 📖 Röhner, C. (2009): Kinder zwischen Gleichaltrigenkultur und schulischer Ordnung oder: Verpasste Chancen im Übergang von Elementar- zum Primarbereich. In: de Boer, H./Deckert-Peaceman, H. (Hg.): Kinder in der Schule. Zwischen Gleichaltrigenkultur und schulischer Ordnung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 51–70
- 📖 Schäfer, G.E. (2009): Theorie der frühkindlichen Bildung. Stuttgart: Kohlhammer
- 📖 Schröder, R. (1995): Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung. Weinheim und Basel: Beltz

Bilderbuchempfehlung:

- 📖 Hansen, R.; Knauer, R. (2019): Leon und Jelena – Eine Kinderkonferenz für die Schule. Geschichten vom Mitbestimmen und Mitmachen im Kindergarten. Gütersloh: Bertelsmann Verlag

Videoempfehlung:

- 📺 www.youtube.com/watch?v=oODwqvg9c6Q&list=PLQvKY4d5OigO6FBYx3odm67TMtDqi8sET&index=36&t=os
- 📺 www.youtube.com/watch?time_continue=11&v=-O-RHtarj9l

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin e.V.
Brandenburgische Straße 80
10713 Berlin
Telefon: 0049 30 8 60 01-0
Telefax: 0049 30 8 60 01-110
Mail: info@paritaet-berlin.de
Internet: paritaet-berlin.de

in Kooperation mit dem
Paritätischen Gesamtverband

Autorin:

Prof. Dr. phil. Kathrin Aghamiri

Illustrationen:

Matthias Laurisch

Gestaltung:

Joachim Dietl

Projektleitung + Redaktion:

Marc Köster

Diese Arbeitshilfe ist entstanden im Rahmen des Projektes „Partizipation und Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung“ im Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Kontakt:

www.kita.paritaet.org



1. Auflage,
Berlin, Dezember 2020

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Herausgeber



in Kooperation mit



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Diese Arbeitshilfe gehört zum Informationsangebot
„Partizipation und Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung“ –
einem Projekt des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, gefördert
vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Weitere Informationen unter:

www.kita.paritaet.org
demokratie-kita@paritaet-berlin.de



Herausgeber



in Kooperation mit



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**